



## . PRESSEMITTEILUNG

Abg.z.NR Robert Laimer

### **Laimer: Eine gesamtstaatliche Blackout-Vorsorge ist zwingend erforderlich**

**SPÖ-Wehrsprecher über schweren Zwischenfall im europäischen Stromversorgungssystem besorgt – Eskalation durch unverzügliche Abschaltung von Großverbrauchern verhindert**

Wien/St. Pölten (09. Jänner 2021) – „Am Freitag ereignete sich um 14:05 Uhr ein schwerer Zwischenfall im europäischen Stromversorgungssystem, der dank der hervorragenden Arbeit der europäischen Übertragungsnetzbetreiber noch einmal glimpflich ausgegangen ist. Durch eine Störung im rumänischen Stromnetz kam es zu einer massiven Unterdeckung auf europäischer Ebene und zu einem Frequenzeinbruch. Nur durch die unverzügliche Abschaltung von Großverbrauchern im europäischen Stromnetz konnte eine weitere Eskalation verhindert werden“, so der SPÖ-Wehrsprecher Robert Laimer heute, Samstag, gegenüber dem SPÖ-Pressedienst.

Dieses Ereignis war nach der bisher größten Großstörung am 4. November 2006, wo 10 Millionen Haushalte in Westeuropa vom Stromnetz getrennt werden mussten, das zweitschwerste Ereignis. „Bis zu einem wirklichen Blackout, also einem völligen Zusammenbruch der Stromversorgung, gibt es noch weitere Sicherheitsstufen. Dennoch hat dieses Ereignis wieder einmal gezeigt, dass Großstörungen bis hin zu einem möglichen Blackout nicht ausgeschlossen werden können“, so Laimer.

„Ranghohe Vertreter des Bundesheeres und hochkarätige Experten – wie der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge Herbert Saurugg – warnen seit geraumer Zeit vor den Gefahren eines europaweiten Strom- und Infrastrukturausfalls. Dieser kann jederzeit eintreten und dann steht plötzlich alles still. Ich bin daher der Meinung, dass wir dieses Gefahrenpotenzial sehr ernst nehmen und auf die Experten hören sollten. Denn durch rechtzeitig eingeleitete Vorsorgemaßnahmen und eine landesweit abgestimmte Strategie könnte der erwartbare Schaden

deutlich reduziert werden. Gerade in so herausfordernden Zeiten können wir uns keine weitere Krise leisten. Es gilt, eine gesamtstaatliche Verantwortung zu übernehmen. Wir sind natürlich bereit, gemeinsam mit der Regierung und den Fachleuten, aktiv Verantwortung zu übernehmen“, so der SPÖ-Wehrsprecher. Ein weiteres Zuwarten sei einfach unverantwortlich.

Dabei gehe es vor allem um die Stärkung der Gemeinden, die in einem solchen Fall – neben der Bevölkerung – die Hauptlast der Krisenbewältigung tragen müssen. Dann werde kein Masterplan funktionieren, wie er gerade bei der Corona-Impfung scheitert, sondern dann sei rasches und entschlossenes Handeln durch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gefragt. Denn Hilfe von wo anders werde es dann nicht geben. „Ohne Vorsorge droht Chaos“, so Laimer abschließend.